

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Vert. F. Bapstow, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Stage.

Bereins-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.  
Zeilungs-Preisliste Nr. 3338.

Inhalt: Unser Rüstzeug. — Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1901. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Verammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterdau, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. Generalversammlungen. — Eingegangene Briefe. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton: Ueber wissenschaftlichen Materialismus.

## Unser Rüstzeug.

(Betrachtungen über die Verhandlungen und Beschlüsse des siebenten Verbandstages.)

Gewerkschaftliche Kongresse und Generalversammlungen sind der Markstein auf dem Felde der Arbeiterbewegung. Es wird Umschau gehalten, ob das Tätigkeitsgebiet erweitert oder verringert worden ist und ob es in der nächsten Zukunft möglich sein wird, die Grenzsteine hinauszurücken, um der kulturfördernden Tätigkeit der Organisation neue oder bisher vernachlässigte Gebiete zu erschließen. Die Fehler und Schwächen der Organisation werden kritisch beleuchtet und alle gefassten Beschlüsse sollen nur dem einen Zwecke dienen: das Wachstum und die Festigkeit der Organisation zu fördern, zum Wohle der Arbeiterklasse und der ganzen menschlichen Gesellschaft. Auf den Kongressen und Generalversammlungen wird auch Heerschau gehalten über die Zahl der Kämpfer und insbesondere auch darüber, ob jeder Mann auf dem richtigen Posten steht, ob er der ihm zugewiesenen Pflicht gerecht wird. Denn das Gedeihen der Organisation hängt nicht von einzelnen Personen ab, sondern jedes einzelne Mitglied der Organisation muß mit ernstem Eifer an der Organisationsarbeit teilnehmen, wenn die Bewegung zu dem gesteckten Ziel führen soll.

In diesem Sinne hat auch unser siebenter Verbandstag Heerschau gehalten; auch er ist ein Markstein, und nicht nur in der Geschichte der Maurerbewegung, sondern in der Geschichte der großen Arbeiterbewegung, die zum Ziel hat: Die Vereinigung der Proletarier aller Länder zwecks Abschüttelung des Sklavenjochs, das der internationale Kapitalismus, das Pfaffen- und das Junkerthum uns aufzulegt haben.

Vor zwei Jahren hatte unsere österreichische Bruderorganisation einen Delegierten zu unserem Verbandstag entsandt. Diesmal waren alle europäischen Festländer, soweit in ihnen von Maurerorganisationen geredet werden kann, vertreten: Desterreich, Ungarn, Italien, Schweiz, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden. In einer dem Verbandstag vorangegangenen Konferenz sind denn auch über einige wichtige Punkte Vereinbarungen getroffen worden (siehe Nr. 15 des „Grundstein“), die zu einer bauernenden internationalen Verständigung führen dürften. Insbesondere dürfen wir wohl hoffen, daß es in nicht allzu ferner Zeit gelingen wird, auch den Zuzug von Streikbrechern aus dem Auslande abzuwehren. — Der Verbandstag stimmte den Abmachungen selbstverständlich zu, wie auch kaum zu befürchten ist, daß die Vereinbarungen in den ausländischen Organisationen auf Widerstand stoßen werden.

Der in Nr. 4 des „Grundstein“ veröffentlichte Entwurf zu einem Kartellvertrag mit den Verbänden der Bauarbeiter und Zimmerer, sowie das Regulative für das gegenseitige Zusammenarbeiten bei Lohnbewegungen und Streiks, ist vom Verbandstag fast einstimmig gutgeheißen worden. (Die Generalversammlung der Zimmerer und der Verbandstag der Bauarbeiter haben den Vorlagen gleichfalls einmütig zugestimmt). Wenn bis dahin in einigen Orten dann und wann das Verhältnis zwischen den drei Organisationen ein nicht ganz ungetrübtes war, so dürfte auch dies besser werden. Es wird freilich immer etwas zu wünschen übrig bleiben, aber wenn der gute Wille vorhanden ist, sich gegenseitig zu schätzen und zu stützen, dann werden die Kollegen und Berufsgenossen an der Hand des Regulatives auch zu Beschlüssen kommen, die allen drei Organisationen dienlich sind. Im Uebrigen werden ja die Vorstände der drei Verbände darüber zu wachen haben, daß dem Vertrage Rechnung getragen wird, den baugewerblichen Arbeitern zum Schutz, den Unternehmern zum Druck!

In den Berichten über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und über das Fachorgan konnte erfreulicherweise hervorgehoben werden, daß wir vorwärts marschieren. Ein zwar geringfügiger, aber immerhin schmerzhaft empfundener Rückgang im Jahre 1901 konnte schon 1902 wieder gut gemacht werden. Viel mehr noch als die Jahresdurchschnittszahlen über den Mitgliederstand, zeigen die Zahlen aus dem letzten Winter uns, daß die Fluktuation im Abnehmen ist, die Organisation als Ganzes aber stetig voranschreitet. Noch nicht ganz am Ende des Winters hatten wir eine größere Mitgliederzahl als im Hochsommer der Jahre 1899 und 1900. Wenn nicht besondere Rückschläge eintreten, was wohl kaum zu befürchten ist, so werden in absehbarer Zeit unserem Verbands mehr als 100 000 Mitglieder angehören. — Sehr erfreulich war es auch zu hören, daß die Klassenverhältnisse des Verbandes den Umständen entsprechend sehr günstig sind. Befürchtungen, die bei der Beitragsregulierung und Einführung der Steuerunterstützung, sowie verschiedener Neuerungen, in Mainz ausgesprochen wurden, haben sich kaum bemerkbar gemacht. Dagegen ist die Einnahme des Verbandes erheblich gestiegen. Trotz der enormen Summen, die für Streiks und Agitation ausgegeben werden mußten, ist das Gesamtvermögen des Verbandes um M. 304 580 gewachsen.

Weniger erfreulich, aber doch auch notwendig waren die Ausführungen des Berichterstatters über das Verhalten mancher Zweigvereine gegenüber dem Verbandsvorstand. Im Gegensatz zu dem Unternehmertum, das die Verbandsleitung gern als Streikheker bezeichnet, besteht bei den Mitgliedern unserer Organisation vielfach die Meinung, der Vorstand wolle am liebsten jede Lohnbewegung verhindern, wie auch sonst des Defekten dem Gedanken Ausdruck gegeben werde, der Vorstand mache, was er wolle, ohne sich um die Wünsche und das gerechtfertigte Verlangen ganzer Zweigvereine und einzelner Mitglieder zu kümmern. Das sind natürlich ganz haltlose Anschuldigungen und, im Grunde genommen, darauf zurückzuführen, daß viele Mitgliedschaften und einzelne Mitglieder das Statut zu wenig oder garricht beachten. Es werden Streiks beschlossen, ohne daß dem Vorstand auch nur Gelegenheit gegeben wird, sich über die Situation zu informieren. Dem Vorstand wird einfach die Pistole auf die Brust gesetzt: Gib die Genehmigung, oder es läuft Alles auseinander; wenn die Organisation zu Grunde geht, hast Du, Vorstand, schuld! Daß der Vorstand, der doch als Hüter des Gesetzes eingesetzt, auch verpflichtet ist, daß Statut selbst zu achten, wird in solchen Fällen von den Versammlungen ganz außer Betracht gelassen. Wehlich geht es oftmals Mitgliedern, wenn ihre persönlichen Wünsche, die entweder mit dem Statut oder auch mit sonstigen Regeln einer gut geleiteten Organisation garricht in Einklang zu bringen sind, abgewiesen werden müssen.

Unser Verbandsvorstand ist mit Eifer darnach aus, die Arbeitsverhältnisse der gesamten Kollegen günstiger zu gestalten. Alle Mitglieder können versichert sein, daß der Vorstand nur ihr Bestes will, sie müssen sich aber auch den von den Verbandsorganen beschlossenen Gesetzen unterordnen und der eingehenden Leitung der Organisation volles Vertrauen entgegen bringen. Die Ausübung eines Zwanges auf die Entschuldigungen des Vorstandes, die zur Wahrung des Statutes führen sollen, ist jedenfalls höchst unmaristisch. Und bekannt ist ja, daß böse Beispiele gute Sitten verderben: Der Vorstand soll nie diktatorisch und herrisch auftreten, sondern er muß sich in der Ausübung seiner ihm übertragenen Pflichten und Rechte eins fällen mit dem Willen der Gesamtmitglieder; er soll aber auch kein Rohr sein, das sich vor jedem Windstoß des Unmuths beugt, der

## Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

- Schleswig-Holstein:**
  - Alt-Heikendorf-Laboe, Kellinghusen, Gravenstein (Maurerstreik), Burg a. Fehmarn (Sperrung über Hammer), Husum (Sperrung über Sönnechen), Fönnig (Sperrung über Boldt), Pinneberg (Bauarbeiterstreik);
- Mecklenburg:**
  - Arendsee-Branshanpton (Maurerstreik), Neukloster-Warin-Brül-Sternberg, Alt- und Nonstrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Schwerin (Sperrung über Fedder und Stange), Waren (Sperrung über Gerber & Sohn), Boizenburg (Differenzen);
- Prov. Brandenburg:**
  - Calau, Lübben, Gr.-Kreuzer Lohngebiet, Lohnd, Velten (Massregelung und Streik), Tegel (Sperrung über Engelke & Valtling), Wilsnack (Sperrung über Gg. Albrecht);
- Pommern:**
  - Swinemünde-Ahlbeck-Heringsdorf, Pödejnoh (Maurerstreik);
- Westpreussen:**
  - Eibing (Sperrung über Quodnan), Thorn (Sperrung über Städler);
- Prov. Posen:**
  - Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer im Streik), Meseritz (Maurerstreik);
- Anhalt:**
  - Dessau (Differenzen);
- Königr. Sachsen:**
  - Dresden und Umgegend (Bausperrungen), Rötha bei Leipzig (Maurerstreik);
- Sa.-Altenburg:**
  - Altenburg (Zimmerer sind ausgesperrt, eine grössere Anzahl Maurer und Bauarbeiter arbeitslos);
- Thüringen:**
  - Ilmenau (Unternehmer drohen mit Lohnreduktion);
- Waldeck:**
  - Pyrmont-Holzhausen (Maurer- und Zimmererstreik);
- Hessen:**
  - Cassel (Bauarbeiter- und Zimmererstreik, zirka 300 Maurer arbeitslos);
- Rheinprovinz:**
  - Cöln (Fuger und Patzer streiken);
- Baden:**
  - Freiburg (Differenzen);
- Elsass-Lothringen:**
  - Strassburg und Umgegend (Maurer- und Zimmererstreik);
- Herzth. Braunschweig:**
  - Beesen a. Harz (Maurerstreik);
- Grhth. Oldenburg:**
  - Delmenhorst (Sperrung über K. Budde);
- Prov. Hannover:**
  - Northelm (Maurerstreik), Hienburg (Sperrung über Dechow), Wilsen (Sperrung über Eggers, in Sangenstedt).

### Ausland:

- Böhmen:**
  - Teplitz (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);
- Schweiz:**
  - Basel (Ausstand sämtlicher Bauhandwerker), Bern (Differenzen), Zürich (Zimmerer- und Steinhauerstreik), Schwarzenburg (Streik der Maurer und Handlanger);
- Holland:**
  - Amsterdam (Handlanger im Streik, Maurer in Differenzen);
- Norwegen:**
  - Kristiansand (Maurer im Streik, um Lohnreduktion abzuwehren).

den eigenen Fehlern der Mitglieder oder Ursachen entspringt, die zu beseitigen außer dem Machtbereich unserer Organisation liegt.

Die gegen Handlungen und Beschlüsse des Vorstandes vorgebrachten Beschwerden erühdren seitens des Vorstehenden des Verbandsauschusses eine sehr eingehende Behandlung. Die meisten Beschwerden mühten direkt als unberechtigt zurückgemeldet werden. Daran konnte auch die zwecks Nachprüfung vom Verbandstag eingesetzte Kommission nichts ändern. Einige Beschwerden wurden nach gegenseitiger Aussprache zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt.

Das neue Statut ist etwas umfangreicher als das bisherige; es läßt aber an Klarheit über die Pflichten und Rechte kaum etwas zu wünschen übrig. Mit einigen Abänderungen hat der Verbandstag die Vorlage des Vorstandes zum Gesetz erhoben.

Für die Kollegen in einigen Großstädten hat der Verbandstag den Beitrag um 5 % erhöht; es ist eine achte Beitragsklasse angefügt worden, und wo der Stundenlohn, resp. der zehnte Teil des Sommer-Tageslohnes über 57 % beträgt, soll ein Beitrag von 60 % erhoben werden. In den Kreisen, die von dieser Erhöhung betroffen werden, wird ja wenig Freude über den Beschluß sein, aber vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus läßt er sich sehr wohl begründen. Im Uebrigen ist die Teilung des Beitrags, Einheitsbeitrag und Unterstützungsfonds beseitigt. Der Beitrag wird durch eine Marke quittiert. Einen ermäßigten Beitrag, aber nicht unter 25 % pro Woche, haben diejenigen Mitglieder zu zahlen, die vorübergehend in einem anderen Berufe arbeiten und weniger verdienen als den üblichen Maurerlohn; 25 % haben auch diejenigen Mitglieder zu zahlen, die in einer Woche drei Tage und länger arbeitslos sind, sowie kranke Mitglieder, sofern sie vom Verband keine Unterstützung erhalten. Ferner sollen auch diejenigen, die in der sonst beitragsfreien Zeit (in den Wintermonaten) eintreten, sofort 25 % Beitrag pro Woche zahlen.

Die Einführung der Krankenunterstützung ist nach dem Vorschlage des Vorstandes beschloffen worden, mit Anfügung einer achten Klasse, entsprechend der Beitragsklasse. Die Unterstützung tritt mit dem 1. März nächsten Jahres in Kraft; die Unterstützungsätze bewegen sich zwischen M. 1,80 und M. 3,90 pro Woche, steigen nach vierjähriger Mitgliedschaft um 60 % und von da ab alle zwei Jahre um 30 % pro Woche bis zum Höchstbetrage von M. 4,20 in der niedrigsten und M. 6,30 in der höchsten Beitragsklasse. — Der achten Beitragsklasse entsprechend, wird auch die Beihilfe in Sterbefällen erhöht. In Wegfall kommt die bisherige zweijährige Steigerungskarenz, in Zukunft sollen die Unterstützungsätze jährlich um M. 2,50 steigen bis zu den bisherigen Höchstbeträgen.

Die Einführung der Krankenunterstützung wird ohne Einfluß auf den Kampfcharakter unserer Organisation sein. Untere Parole bleibt nach wie vor: Kampf um eine menschenwürdige Lebenshaltung aller Arbeiter, Kampf um die Beseitigung der Lohnsklaverei! Die Unterstützungsrichtungen sind nicht Selbstzweck unserer

Organisation, sondern Mittel zum Zweck. Mögen überflüssige Leute spöttisch von Käfigen-Gründern reden. Das soll uns wenig kümmern. Wir haben alle Mittel anzuwenden, um unseren Mitgliedern die Organisation lieb und wert zu machen, um die Kollegen fest zu halten und sie durch fortgesetzte Erziehung zu den idealen Kämpfen heranzubilden, die notwendig sind, um das Sklavenjoch abzuschütteln zu können.

Eine entsprechende Regelung hat auch die Streitunterstützung erfahren. An Mitglieder, die dem Verband ein volles Jahr und darüber angehören, werden in der niedrigsten Klasse M. 9 und in der höchsten M. 16 gezahlt. Die Unterstützung steigt in den Zwischenklassen je um M. 1. Kinderunterstützung bleibt wie bisher, wird aber bei weniger als sechs Tagen auf 20 % pro Tag abgerundet. Hinzu kommt Mietsunterstützung bei längerer Streikdauer, aber nur dann, wenn die Lokalkassen solche Beihilfen bieten können. — Wer dem Verband noch nicht ein volles Jahr angehört, erhält gegebenenfalls in allen Klassen eine um M. 2 niedrigere Unterstützung.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß der Verbandstag auch Gelegenheit genommen hat, den Kollegen scharf in's Gewissen zu reden, sich mehr als bisher der geistigen Fortbildung zu befleißigen. In der diesbezüglich vom Verbandstag beschlossenen Resolution heißt es: „Insbesondere hält der Verbandstag für notwendig, daß seitens der Zweigvereine Bibliotheken oder Archive eingerichtet werden, in denen zunächst alle vom Verband herausgegebenen Schriften: „Grundstein“, Verbandstagsprotokolle, Statistiken, Geschichte der Maurer etc. in gebundenen Exemplaren zu sammeln und der Agitation dienlich zu machen sind. Im Weiteren werden die Zweigvereine dringend aufgefordert, Schriften politischen, wirtschaftlichen und schönegeistigen Inhalts nach Möglichkeit auf Vereinstkosten anzuschaffen und den Mitgliedern zwecks Fortbildung zugänglich zu machen, wie auch den Vereinstleistungen die Pflicht zugewiesen werden muß, die Versammlungen durch Vorträge oder Vorträge so auszugestalten, daß Geist und Gemüth der Mitglieder angeregt und weiter gebildet werden.“

Wir können im Rahmen eines Artikels nicht auf alle Punkte und Beschlüsse eingehen. Wer Interesse daran hat — und das sollten alle Mitglieder haben — kann in dem demnächst zum Selbstkostenpreis erscheinenden Protokoll den Gang der Verhandlung und die gefassten Beschlüsse nachlesen. Zum Schluß wollen wir nur noch hervorheben, daß der Verbandstag zwar in schnellem Tempo, aber doch ohne jede Ueberstufung seine Arbeiten erledigt hat. Von Verbandstag zu Verbandstag macht sich erfreulicherweise immer mehr bemerkbar, daß die große Mehrzahl der Delegierten sich nur von dem Gedanken leiten läßt, das Wohl der Gesamtorganisation zu fördern. Die besonderen Schmerzen lokaler Natur treten mehr in den Hintergrund, das Bestreben, eine Organisation zu schaffen, in der sich alle Maurer wohl fühlen können, kommt voll zur Geltung. Diese Gebantenrichtung führt zu streng sachlichen Debatten. Und so war es möglich, die Fülle der Aufgaben, die dem Verbandstag vor-

geschrieben waren, in der sonst etwa knapp bemessenen Zeit von nicht ganz dreizehn Tagen zu erledigen.

Ganz ohne Abwendung ging es freilich nicht ab. Die Beschlüsse wirksam zu gestalten, sind alle Mitglieder berufen. Mag hier und dort nicht ein Jeder ganz befriedigt, mögen seine Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sein — es Allen recht zu machen, hat noch kein Meister vermocht —, so müssen diese Kollegen sich doch sagen, daß sich nicht alle Wünsche berücksichtigen lassen. Wir sind der Zuversicht, daß die Verbandstagsbeschlüsse jede sachliche Kritik aushalten können und daß sie, wenn die Mitglieder ihre Schulbigkeit thun, der Ausbreitung und Stärkung der Organisation nur förderlich sind.

### Rechnungsergebnisse der deutschen Anfall-Vereinsgenossenschaften für das Jahr 1901.

II. Während also die Nachweisung für das Rechnungsjahr 1901 eine erhebliche Verabminderung der Zahl der versicherten Personen aufweist, liefert sie zugleich auch das freilich nur bürgerliche und amtliche Statistiker, überaus bescheidene Resultat, daß die Zahl der Unfälle, sowohl der gemeldeten als auch der entschädigten, gestiegen ist. Bürgerliche und amtliche Statistiker haben bisher immer die jährliche Steigerung der Unfallziffer, anstatt ihrem Zusammenhang mit der sich stets intensiver gestaltenden kapitalistischen Ausbeutung anzuerkennen, durch allerlei besondere Umstände zu erklären gesucht. Nachdem man Jahre lang die Unfallzunahme auf die regelmäßiger werdende auch der geringfügigsten Unfälle zurückgeführt hatte, kam man allmählich zu der Einsicht, daß diese Erklärung mit jeder Wiederholung an Glaubwürdigkeit verlor, denn auch hinsichtlich der Unkenntnis der Unfallansprüche muß es doch schließlich eine Grenze geben und der jährliche Zugang müßte sich doch einmal verringern, anstatt fortwährend sprunghafter zu wachsen. Da bot sich denn bei Eintritt der wirtschaftlichen Hochkonjunktur eine äußerst bequeme Erklärung; größerer Arbeitsandrang, Ueberstundenarbeit, Einstellung neuer, ungeübter Arbeiter etc. wurden als die größeren Gefahrenquellen bezeichnet. Man kann zweifellos jeder dieser Faktoren an sich zu einer Erhöhung der Unfallziffer beitragen, aber damit war noch keineswegs betwungen, daß sie auch wirklich die Ursache vermehrter Unfälle sind.

Dieser Beweis konnte praktisch nur an der Beobachtung der Unfallfrequenz einzelner Betriebe, bei genauer Kenntnis ihrer früheren und gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, statistisch dagegen nur durch Vergleich der Unfallziffern der Jahre der Hochkonjunktur mit denen der Krisenjahre geführt werden. In letzterer Hinsicht war er als gelungen zu betrachten, wenn der Wegfall der oben genannten Faktoren wirklich einen Rückgang der Unfallziffer herbeiführt. Dann würde durch Uebereinstimmung der Kurve der gemeldeten Unfälle mit dem Auf und Ab des Wirtschaftslebens der Zusammenhang zwischen beiden festgestellt sein.

Die Unfallziffern des Krisenjahres 1901 haben diesen Beweis nicht erbracht; ihr weiteres Steigen bekundet, daß die Erklärung dieser Erscheinung nicht allein in jenen wirt-

### Ueber wissenschaftlichen Materialismus.

#### III.

Zu allen Zeiten hat der Kampf um's Dasein Verwirklichungen in der menschlichen Gesellschaft angedeutet, aber Verkünderungen, die nicht nutzlos waren. Immer vermehrte er Menschen mit gleichartigen Lebensinteressen. Auf der einen Seite die Unterdrückten, auf der anderen die Unterdrücker. Wie diese sich der Solidarität ihrer Interessen bewußt waren, so erkannten auch jene, daß es eine Herrschaft sei, unter der sie lebten, daß es ein Elend sei, dem sie überantwortet wurden, und daß ihnen nur die gemeinsame Anstrengung ein es Besseres besorgen bringen könne. Die ganze Geschichte ist eine fortlaufende Reihe von Klassenkämpfen. Immer schuf der Kampf um's Dasein herrschende und unterdrückte Klassen; keiner herrschenden Klasse war es beschieden, dauernd festzuliegen, was sie sich erkauft auf Kosten ihrer Mitmenschen. Wohl haben wir Beispiele, daß der Kulturfortschritt durch die Macht herrschender Gewalten lange Zeit gehemmt worden ist. Doch auch diese Zeit war eine natürlich bedingte, denn das menschliche Bewußtsein läßt sich wohl eine Zeit lang unterdrücken und mißhandeln, es nicht zu werden kann es nicht. Und je länger es dem niedergehalten wurde, mit desto größerer Sicherheit bereitet es die Zeit vor, wo es seine Unterdrücker unfehlbar, mit elementarer Gewalt benichtet. Keine der feitherrigen Gesellschaftsformen im langen Geschichtsverlaufe ist dem menschlichen Bewußtsein gerecht geworden, stets bedingte sie den Kampf um's Dasein, ihre Tendenzen waren immer diesem Bewußtsein zuwiderlaufende und darum brauchte sie nur die volle Ausgestaltung dieser Tendenzen abzuwarten, um mit Naturnotwendigkeit gestürzt zu werden und neue Einrichtungen folgen zu lassen, die auch nur wieder, wie alle vorhergehenden, eine begrenzte Lebensdauer haben; nur eine Epoche bilden im kulturellen Entwicklungsgange der Menschheit. Das lehrt die Geschichte in bald schnellerer, bald langsamerer Aufeinanderfolge, aber immer als eine naturgesetzliche Erscheinung. — Höchste wäre es, zu verfolgen über die Schrednisse der Vergangenheit, — waren sie doch notwendig. Wie durchdräht auch der einzelne Mensch zu

leiden hatte. — „unter dem Reichen der Kreatur wälzt sich die Menschheit ihren großen Dilemma entgegen.“ Diese Schrednisse mußte die Menschheit durchdringen, um von niedrigster Stufe sich zu ihrer höchsten Kulturhöhe emporzuheben. — Auf dieser Kulturhöhe würden wir uns niemals befinden, wenn nicht das Gesetz des Kampfes um's Dasein uns dahin hätte gelangen lassen. Es ist die Ursache alles Fortschritts. Die Menschen hätten niemals eine Kultur erreichen können, wenn nicht ein eignes muß sie in den Kampf um ihr Sein getrieben hätte. Stellen wir uns einen Augenblick vor — streng durchdacht —, die Natur hätte ihnen Alles zum Leben Erforderliche in reichlichstem Maße gewährt, — sie hätten nicht nötig gehabt, mit ihr und ihresgleichen in Kampf und Wettbewerb zu treten und wären dadurch nicht gezwungen worden, die eigene Kraft zu gebrauchen und auszugestalten, — am immer neue Hilfsmittel im Kriegerkampfe zu finden, — dann gäbe es keine Menschen noch heute, denn die vorwärtsdrängende Kraft zivilisatorischen Fortschritts hätte gefehlt; der bewußtlose, vorhandene Mangel, und das daraus resultierende notwendige und ununterbrochene Streben, dem Mangel zu beheben. — Die sogenannte idealistische Gesellschaftsauffassung mag sich berufen auf die sittliche und ethische Verantwortung der Menschen, auf die Kraft seines Gewisses, der auch ohne den Anstoß der Notwendigkeit gepfeht zu werden, sich immer der kulturellen Reform unterzogen hätte und auch künftig unterziehen werde. Aber mögen auch Sitte und Moral — wie bereits angeführt worden ist — die dem Kulturwert noch so sehr verdient machen, immer sind sie in ihrem Umfange und Wesen die Folge der Formen des jeweiligen materiellen Kampfes. Ohne Zweifel gewinnen Sitte und Moral immer festeren Boden, — entsprechend der aufsteigenden Tendenz ökonomischer Gestaltung — und üben ihren wohlthätigen Einfluß auf die Gesellschaft aus. Wenn aber der reine Idealismus die Weltgeschichte macht, was gab dann den Anstoß zum kulturellen Aufschwung in früheren Jahrhunderten tiefer Nacht und Barbarei, Zeiten, in denen ebenfalls der Mensch sich betätigte, in denen aber, sittliche Gesetze erst einen bescheidenen kleinen oder überhaupt keinen Einfluß besaßen?

Woher hätte der Anstoß kommen sollen, wenn nicht der Kampf um materielle Interessen ihn beizwängt hätte? Doch Sitte und Moral, die einfachste Menschenwürde ersterrungen begibt, rechtlich sanktioniert werden sollen, gerade das mußte zur Folge haben die grausamen Formen des Kampfes um's Dasein in früheren Zeiten. So hing — um noch ein Beispiel Fiering's anzuführen — mit dem Kampf um's Dasein, den die Väter während ihrer Wanderungsperiode zu bestehen hatten, eine grausame Sitte zusammen: die Tötung der alten Leute, die bei den Slaven und Germanen doch tief in die historische Zeit hineinreicht. Es war eine durch äußerste Noth bedingte Maßregel, die Lebensmittel waren knapp, man ließ sich leiten von der Erwägung, daß da, wo Einer dem Gemeinwesen keine Dienste mehr zu leisten vermöge, auch dessen Verpflichtung aufhöre, ihn zu ernähren. Ebenso entbehrte man sich der schwächlichen und gebrechlichen Kinder bei der Geburt, indem man sich jagte, es lohne sich nicht, sie aufzuziehen, da sie dem Gemeinwesen doch keine Dienste in Aussicht stellen könnten. Und um noch weiter zurückzugehen, — ohne den Kampf um's Dasein würde nicht nur der Mensch von heute eine Unmöglichkeit sein, nein, ohne dieses Naturgesetz gäbe es überhaupt keine Menschen. Denn diese sind nicht urplötzlich als solche in die Erscheinung getreten, sondern das Produkt eines unendlich langen Entwicklungsganges aus niedrigsten tierischen Formen. Sobald der Mensch gegenüber der organischen Welt die Denkkraft, das ausgeprägte Bewußtsein seines Seins besaß, konnte ihn der Kampf um's Dasein allerdings nur noch mit Hilfe dieses Bewußtseins weiter emporheben. Dieses Bewußtsein ist aber eben auch nur ein Resultat der Entwicklung. Was wäre somit — analog der obigen Frage — die Bedingung dieser Fortgestaltung zu Zeiten gewesen, in denen das menschliche Bewußtsein noch nicht vorhanden oder erst in der Ausbildung begriffen war, wenn nicht alle Lebewesen dem Gesetze des Kampfes um's eigene Sein und seiner Tendenzen unterworfen?

So Gewandtes also auch dieses Naturgesetz über die Menschheit verhängte, — ihm verdankt sie Alles. Im Verlaufe unendlicher Zeiträume ist sie dank seiner Entwicklung

schafflichen Faktoren zu suchen, das vielmehr stärkere Einflüsse notwendig sein müssen, die sich in jeder Situation des Wirtschaftslebens durchsetzen. Man wird dieselben sowohl aus dem Gebiete der steten technischen Entwicklung, wie in der Richtung der immer wachsenden einseitigen Anspannung der Arbeiter suchen müssen. Das sind Faktoren, die nicht nur der Krisis Halt machen sondern im Gegenteil in der

stinkenden Leber der Waarenpreise und des Profits neuen Ansporn erhalten. Die Ausbeutung wächst, wenn der Profit zurückgeht. Verachten wir die Entwicklung der Unfallfrequenz seit Beziehen der deutschen Unfallversicherung, so zeigt sich darin eine fast ununterbrochene, von Konjunktur und Krisis des Wirtschaftslebens unabhängige, stetige Zunahme der Unfälle in absoluter wie relativer Hinsicht.

burgischen Genossenschaft liegt die Unfallziffer um 2,68, in der Sächsischen um 1,23, in der Rheinisch-Westfälischen um 2,14 und in der Bayerischen, die überhaupt die höchsten Unfallziffern aufzuweisen hat, um 1,87 pro Tausend.

Ueber die Folgen der Verletzungen giebt nachstehende Tabelle eine allgemeine Uebersicht:

Table with 4 main columns: Unfälle allgemein, Gewerbl. Berufs-genossenschaften, Landw. Berufs-genossenschaften, and Berufsgenossenschaften. Sub-columns include Versicherten, Zahl der Unfälle, and Unfälle auf je 1000 Versicherte.

Die Tabelle zeigt uns also, daß trotz der Krisis die Zahl der Unfälle absolut und relativ gestiegen ist. Von den 476260 zur Kenntnis der Berufs-genossenschaften gelangten Unfälle scheiden über zwei Drittel aus der berufs-genossenschaftlichen Behandlung aus; denn 368924 Unfallverletzte wurden in den ersten 18 Wochen geheilt, so daß die Unfallversicherung nur in 117386 Fällen eingegriffen hatte. Die Schwerverletzten betrafen aus 94832 erwachsenen männlichen und 18186 weiblichen Arbeitern, ferner wurden 8518 männliche und 800 weibliche jugendliche Arbeiter schwer verletzt. Von den Verletzten wurden 8501 getödtet, 1446 dauernd bölligerwerbend unfähig, 54916 dauernd theilweise und 52479 vorübergehend erwerbsunfähig. Die Schmachtheit bei Sedan brachte auf deutscher Seite 3022 Tode und 5909 Verwundete, während 1801 todtgeschossen der Arbeit 8501 Tode und 497759 Verwundete fortgeschafft wurden. Das ist aber noch nicht die ganze Zahl der Verluste; da noch immer ein großer Theil der Arbeiter nicht versichert ist, fehlen die Verluste aus diesen Kreisen ganz. Es fehlen noch die Opfer der Dienstboten, des Handwerksbetriebs, der Küsten- und Binnenfischer usw. Wärdien (sämmtliche Opfer gezählt, dann würde die Zahl der Tödteten 100000 erheblich übersteigen. Die 8501 Getödteten hinterließen 5543 Wittwen, 11441 Waisen und 340 Apendanten, die sie bisher ernährt hatten.

Die Anzahl Baugewerks- Berufs-genossenschaften und die Tiefbau- Berufs-genossenschaften umfassen im Berichtsjahre 16237 Betriebe mit 208335 versicherten Personen, darunter 1252207 durchschnittlich beschäftigte Arbeiter und 21233 Beamte, 56033 Unternehmer und (bei der Tiefbau- Berufs-genossenschaft) 95 Andere. In fünf Berufs-genossenschaften waren keine Unternehmer und bei der Tiefbau- Berufs-genossenschaft nur 49 versichert. Auf die einzelnen Berufs-genossenschaften vertheilen die Ziffern sich wie folgt:

Table showing insured persons by profession: Baugewerks- Berufs-genossenschaften, Gewerbl. Berufs-genossenschaften, Landw. Berufs-genossenschaften, and Berufsgenossenschaften. Columns include Beruf, Unternehm., Durchschnittl. beschäftigte, and Summe.

Die versicherten Unternehmer dürften hauptsächlich Inhaber von Zweigbetrieben sein, Leute, die in der Regel selbst auf den Bauten mitarbeiten. Charakteristisch für den Kleinbetrieb sind die Zahlen der Württembergischen Genossenschaft: 8881 Betriebe und 13197 versicherte Unternehmer. Im Durchschnitt kommen auf einen Betrieb rund 8 versicherte Arbeiter und Betriebsbeamte; bei der Württembergischen nicht ganz 4 (3,7), bei der Nordbaltischen nicht ganz 9,4 und bei der Tiefbau-Genossenschaft etwas über 17.

Die Zahl der Verletzten, auf pro Tausend der versicherten Personen berechnet, ist bei den meisten Berufs-genossenschaften gegen das Jahr 1900 wiederum gestiegen. Einen kleinen Rückgang haben die Nordbaltische mit 0,89 pro Tausend, die Schlesisch-Polenische mit 0,58 und die Hannoverische mit 0,82 zu verzeichnen. In der Ham-

Table showing consequences of injuries: Berufsgenossenschaften, Beruf, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten.

Während in der vorhergehenden Tabelle alle zur Angabe gebrachten Unfälle berücksichtigt sind, rechnet die nächste Tabelle nur mit den Verletzten, für die im Berichtsjahre zum ersten Mal Entschädigung festgestellt wurde. Diejenigen Verletzten, die im Verlauf der ersten dreizehn Wochen als geheilt abgeschlossen wurden, werden in den weiteren Berechnungen nicht mehr mitgezählt. Gleichzeitig sind die Verletzten nach Geschlecht und nach Alter (unter und über 16 Jahre) geschieden.

Table showing insured persons by gender and age: Baugewerks- Berufs-genossenschaften, Beruf, Geschlecht, Alter, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten.

In der nächsten Tabelle wird ein Vergleich gezogen zwischen den Jahren 1900 und 1901. Es ist hierbei zu beachten, daß in dieser Tabelle im Gegensatz zu den vorhergehenden mit Vollarbeitern gerechnet wird. Die Zahl der Vollarbeiter wird konstruiert, indem auf je 800 Arbeitstage ein Arbeiter

das getrieben, was sie heute darstellt. Todt auch in unserem Jahrhundert der Kampf um's Dasein mit verheerender Wucht, so sind doch die Formen der Unterdrückung, Ausbeutung gegenüber vergangenen Epochen unendlich gemildert worden. In dieser steten Milderung und Veredelung des Kampfes um's Dasein begreift sich aller Kulturfortschritt, und diese fortschreitende Entwicklung ist die Bedingung, die der Kampf um's Dasein in sich selbst trägt. Er zwingt die Menschheit, ihn durch ein unauflösliches Ringen nach höheren Kulturidealen immer mehr und mehr zu schwächen, um schließlich ihm ganz entrückt zu werden. Die Natur, notwendig und notwendig ist seine einzige Befreiung in den Massenankämpfen durchwunden heute wie früher die Menschheit, — aber nicht mehr kämpfte der rohen Gewalt, sondern geführt mit der Waffe wissenschaftlicher Erkenntnis. Und unter dieser Form des Kampfes um's Dasein breitet sich die Zeit vor, von der wir erwarren dürfen, daß sie vermöge ihrer ökonomischen Einrichtungen im Stande ist, den Menschen des materiellen Interesseskampfes zu entheben, und an dessen Stelle in vollster Erkenntnis gleichzeitiger, harmonischer Lebensinteressen ein friedliches, edles Zusammenwirken aller zu ermöglichen. Wir dürfen den Blick in eine Zukunft richten, in der im höchsten Maße als erhabenes Kulturprinzip sich betätigt die Sorge für das Wohlergehen aller's besten, was Menschenantheil trägt, eine Zukunft, deren Geschlecht einer immer schöneren Verwirklichung dieses Prinzips als ein geschlossenes Ganzes entgegenstrebt.

Somit erscheint das dem Kampfe um's Dasein zu Grunde liegende Naturgesetz, die Ueberproduktion von Lebensmitteln, in Anwendung auf die Menschheit nicht als ein absolutes, sondern nur bedingtes. Die Menschheit entzieht sich dem Kampfe um's Dasein nicht etwa dadurch, daß sie (nach Maßstab) durch Einschränkung ihrer Vermehrung sich einmal gegebenem Verhältnissen anpaßt, sondern durch die kulturelle Entwicklung hebt sie eine relative Ueberproduktion auf. So lange diese relative Ueberproduktion noch vorhanden ist, d. h. so lange die selbstständigen Verhältnisse nicht dem Bedürfnis aller zu entsprechen vermögen,

wird auch der Kampf um's Dasein mit Nothwendigkeit herrschen.

Einen großen Widerspruch jedoch scheint das eben Gesagte zu enthalten, hervorgerufen durch die entgegenstehende Meinung, der Kampf um's Dasein werde einst überwinden werden. Denn der wissenschaftliche Materialismus bejaht doch, daß die Kulturentwicklung keinen Stillstand kennt. Oben jedoch sind wir in konsequenter Folgerung zu dem Resultat gekommen, daß der Kampf um's Dasein, dieser einzig den Kulturfortschritt bedingende Faktor, nicht nur immer mehr abgeschwächt und veredelt wird, sondern in sich selbst die Nothwendigkeit seiner eintägigen völligen Ueberwindung trägt. Zur selben Zeit also, mo diese Ueberwindung erfolgte, müßte auch die kulturelle Entwicklung ihren Abschluß erreicht haben. So sehr dieser Umstand bei flüchtiger Betrachtung als Widerspruch erscheint, so gewaltig ist doch schließlich in ein Nichts charakteristisch für als die Folge einer mehr oder weniger begrenzten Anwendung des Begriffes Kampf um's Dasein. Wenn wir im Obigen vom Kampfe um's Dasein gesprochen haben, so ist damit immer gemeint, der materielle Interesseskampf des Einzelnen in Vergessenheit und Gegenwart in seiner ganzen niederdrückenden Schwere, — ein Kampf um die nothwendigsten Lebensbedingungen. Sprechen wir vom Kampfe um's Dasein, so ist hier keine Form immer die selbstverständliche Voraussetzung. Und die Ueberwindung dieses Kampfes — eines Kampfes in wahrhaftester Bedeutung des Wortes — vertrauen wir zu einer künftigen Geschichtsepoke an. Wird aber damit für die auf solcher ökonomischen Grundlage organisierte Gesellschaft der Ansporn zu weiterer kulturellen Fortschritt hinwegfallen? Niemaß! Das erhellt ja aus dem ganzen Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung. Wie in der bisherigen Geschichte ökonomische Zustände sich nur als jeweilige Epochen, als Uebergangsperioden darstellten, so kann auch in aller Zukunft deren dauernde Festlegung nie möglich sein. Denn immer müssen im Verlaufe einer geltenden Produktionsform — mag auch deren grundlegendes Prinzip noch so vollkommen, ja, nicht mehr zu verbessern sein (und das Grundprinzip gesellschaftlichen, d. h. gemein-

samen Besitzes und gemeinsamer Ruhbarmachung aller Produktionsmittel kann durch kein besseres ersetzt werden), auf den verschiedenen sozialen Gebieten Veränderungen, Verschiebungen eintreten, mit denen die bisherigen Normen nicht mehr harmoniren und denen daher die soziale Norm folgen muß. Geschäfte das nicht, so würde sich das alte Liebel wieder geltend machen: der rückwärtslose materielle Interesseskampf des Einzelnen wider den Einzelnen. Immer ist daher der Gesellschaft der Ausbau ökonomischer Verhältnisse und damit der Weg wissenschaftlicher Forschung vorgeschrieben; darin allein liegt die Quelle dauernden Glückes. Soll man diese Betätigung als eine Fortsetzung des Kampfes um's Dasein betrachten, als eine Form desselben, in der er amendlich jähner und edler erwäht? Er löst sich in sich lediglich die Wahrung und Verwirklichung des Glückes Aller vermittelt fortgesetzter, durch keinen reaktionären Geist beeinflusster, kulturreformatorischer Thätigkeit. Will man auf diesen Charakter sozialer Arbeit und Gestaltung noch den Begriff Kampf um's Dasein anwenden, dann allerdings wird derselbe nutzlos aufhören. Doch wir glauben diesen Begriff fallen lassen und von einem Aufhören des Kampfes um's Dasein sprechen zu dürfen in Hinblick auf eine Zeit, in der die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit als Gemeingut lebendig und kraftvoll wirken, in der als Konsequenz dieser Prinzipien der Kulturfortschritt sich vollzieht lediglich als eine dauernde Fortentwicklung der Gesellschaft gegenüber sich selbst und dem Einzelnen, eine Pflicht, der allerdings nur durch ernsthaftes Streben und Arbeiten entsprochen werden kann. Pflichterfüllung der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen, und Pflichterfüllung jedes Einzelnen gegenüber der Gesamtheit, — das ist das Ziel, nach dem die Gegenwart so machtvoll drängt, die beide der Pflicht der Arbeit. Auf diesem schönen Zusammenwirken erhebt sich das Glück künftiger Generationen. Und darum sollte man die Erfüllung einer solchen aufsteigenden Pflicht noch Kampf um's Dasein heißen? Das ist kein Kampf mehr, sondern sein Gegenteil: eine Betätigung, durch die der Mensch zur höchsten Würde des Menschenthums sich erhebt. F. F.

gerechnet wird; daraus ergibt sich ohne Weiteres, daß die Zahl der Bollarbeiter bedeutend niedriger ist, als die Zahl der wirklichen Beschäftigten, also der Beschäftigten. Daraus ergibt sich natürlich auch eine große Verschiedenheit der Prozentziffern; z. B. bei der Hamburgischen Baugewerkschaften...

Table with 5 columns: Baugewerkschaften, Arbeiter, Unfälle, 1000 Arbeiter, 1901, 1900. Rows include Hamburgische, Nordbaltische, Schlesisch-Posenische, etc.

In den beiden letzten Tabellen ist dargestellt, wie hoch sich die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften pro Kopf der Beschäftigten zu belaufen und wie viel die Genossenschaften im Vergleich zur für die Unfallversicherung aufgewendet haben.

Über die laufenden Verwaltungskosten der Baugewerkschaften gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Table with 5 columns: Baugewerkschaften, Auf einen Beschäftigten, Auf je 1000 der anrechnungsfähigen Arbeiter, Auf einen Betrieb, Auf einen im Rechnungsjahre zur Vornahme gelangten Unfall. Rows include Hamburgische, Nordbaltische, etc.

Table with 5 columns: Baugewerkschaften, Unfallsverhütungskosten, Kosten bei Unfall, Prämien für Rettung, Zusammen. Rows include Hamburgische, Nordbaltische, etc.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“.) Anhaltende günstige Berichte: vermehrter Eisenbahverkehr nach Ostpreußen - außerordentlich hohe Holzpreisproduktion, aber schwache Preise, Vergleich mit der Krise der Vorjahre. - Der Getreidemarkt. - Englische Konjunktur aus deutsche Reichsanklage.

Wachstumsmerkmal waren zunächst die Mitteilungen des preussischen Finanzministers im Herrenhause: die Eisenbahntransporte sind in den letzten Monaten eine anscheinliche Vermehrung erfahren. Im Dezember 1902 sind 5,4 Millionen, im Januar 5,7 Millionen, im Februar über 6 Millionen Mark Einnahmen mehr erzielt worden...

Neben den großen Verkehrsanstalten führen vor allem die Brennstofflieferanten einen lebhaften Konjunktur, und auch in diesen Kreisen ist das Vertrauen sichtlich im Wachsen. Am 28. März in der Verabschiedung des Rohleinsubstituts führte Direktor Döse aus: Die Berichte über die Beschäftigung in den hiesigen Bergbauindustrien lauten fast überall besser...

Allerdings beruhen noch immer viele dieser günstigen Erscheinungen auf recht vorübergehenden Ursachen, so daß auch der Nachschub sehr rasch wieder eintreffen kann. Am meisten gilt dies nach wie vor von der Rohleinsubstitution. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohleinsubstitution des Deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Februar 1903 auf 784 259 Tonnen...

Daß die heutige Produktionsvermehrung zunächst noch eine ganz andere wie die einer wirklichen Aufschwüngenzeit ist, spricht sich deutlich genug in den Preisen aus. Die Eisenpreise sind selbst im Januar und Februar noch im Wachsen geblieben, oder sie haben doch über das vorangegangene niedrige Niveau nicht hinausgelangen können.

Table with 10 columns: Eisen (Januar), 1890, 1891, 1892, 1900, 1901, 1902, 1903. Rows include Eisen, Stahl, etc.

Nur bei den Wagenanlagen finden wir also 1902 den Preisstand von 1894 erreicht, sonst sind die Differenzen durchgehends höher, zum Teil sogar beträchtlich höher. Die allgemeine Eigenart der letzten Krise, ferner die besondere Wirtschaftlichkeit der Substrate, tritt in diesen Zahlen deutlich zutage hervor.

Wichtigere Einzelerscheinungen sind für die letzten beiden Wochen kaum zu verzeichnen. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde überall die internationale Lage des Getreidemarktes verfolgt. Hier bleibt die Spannung in New York an, sie vermehrt sich zusehends in London, während der Kontinent wenig mehr als die gewöhnlichen Quartaalschwächen derpreizt.

Die New Yorker Banken haben sich stark an Europa verhalten; viele europäische Papiere, vor allem englische Konjunktur, sind wieder über den Ozean zurückgewandert; auch der Wert und der Zinssfuß gegenüber hat sich dem Kreditmarkt eingeschränkt.

In England war die Spannung zu einer fasten Höhe angewachsen, doch scheint nunmehr eine gewisse Verhütung Platz zu greifen: Die Kriegsausgaben, die wirtschaftlichen Umwälzungen in Südafrika haben das englische Reichspapier in außerordentlicher Weise in Anspruch genommen und festgelegt. Trotz der Heranziehung aller Reservenquellen, trotz der Ausfälle besonders seitens der Pariser Finanz, ist so in London der Zinssfuß relativ hoch geblieben (seit dem 2. Oktober 1902 4 Prozent statt der früheren 3 Prozent, während die deutsche Reichsbank schon vor Wochen zu einer Erhöhung schreiten konnte).

Ungetrübter kommt die neue dreiprozentige deutsche Reichsbank in Betracht, im Betrag von 200 Millionen Mark, zu seiner ungünstigen Zeit auf dem Markt - wenn es natürlich auch besser wäre, das Reich brauchte überhaupt keine Schulden zu machen. Auch die Kurse der dreiprozentigen Reichsanleihe - die erste Ausgabe erfolgte 1890 - haben sich beträchtlich stark gehandelt: Sie gingen herab, wenn man in Aktien, Hypotheken und anderen Anlageformen einen höheren Zins erlangen konnte; sie stiegen, wenn man bei der allgemeinen Wirtschaftslage mehr froh war, drei Prozent und zwar sicher und ungetrübt zu besitzen.

Table with 4 columns: 1890, 1891, 1892, 1893. Rows include 87, 85, 86, 88.

Die Aufhebung am 17. April soll zum Kurse von 92 erfolgen, was dem sogenannten „großen Preußenforumium“ noch immer einen hübschen Profit liefert, da zur Zeit des Abschusses zwischen Regierung und Banken der Kurs auf 92 stand. Berlin, 6. April 1903. Max Schippel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Aus dem Gau Berlin wird uns berichtet: In Caputh b. Potsdam legten am 1. April die Kollegen bei einem Unternehmer die Arbeit nieder, um eine Lohngehörung durchzuführen. Die Forderung betrug ursprünglich 6 3/4. Dann kam eine Einigung dahin zu Stande, daß der Unternehmer 3 1/2 zulegen sollte, später wollte er aber nur 2 1/2 bewilligen. Nach zweitägiger Sperre erklärte er sich bereit, dem ersten Verprechen gemäß 4 3/4 pro Stunde zu zahlen.

Im Gau Kreuzberg behauptet der Unternehmer Jacob aus Lehmin eine Reparatur an einem Dampfkessel aus; er weigerte sich, den üblichen Lohn von 40 3/4 zu zahlen, worauf sämtliche 21 Kollegen die Arbeit einstellen. Verhandlungen sind eingeleitet. In Calau entließ der Unternehmer nach zwei Mitglieder der Lohnkommission, weil sie anfragten, ob er (der Unternehmer) geneigt sei, die Forderung der Gesellen (achtstündige Arbeitszeit und 33 1/2 Stundenlohn) zu bewilligen. Die auf dem betreffenden Bau beschäftigten Kollegen erklärten sich mit den Bemerkungen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Falls es zu einer Einigung nicht kommen sollte, dürfte es wohl zum allgemeinen Streik kommen.

Bedarf konnte also reichlich gedeckt werden. Im Vorjahre bestand ein Tarif zwischen den Unternehmern und der christlichen Organisation, der, wie die Leitung dieser Vereinigung selbst sagt, durch Ueberwindung der Lohnkommission zu Stande gekommen ist; die besten Arbeiter sollten 33 % pro Stunde erhalten. Das heißt, daß die Löhne von 20 bis 88 % gezahlt wurden. Da die Unternehmer über den Begriff „bester Arbeiter“ stets anderer Meinung sind, als die Gesellen, sollen sie in geradezu unchristlicher Weise zu ihrem Vorteil die Klausel ausgelagert haben; es sind nach ihrer Meinung nur wenige Gesellen vorhanden gewesen, die sich dieses Prädikats würdig ertrieben. In diesem Jahre stellten die Arbeiter nun die Forderung: „32 % Minimal- und 35 % Höchstlohn“. Die Unternehmer stellten die Gegenforderung: „den alten Vertrag zu verlängern“, und als sich die Arbeiter weigerten, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen, wurden sie am 30. März ausgeperrt. Es sind 111 „Christliche“ und 11 Mitglieder des Zentralverbandes hiervon betroffen, während 18 Gesellen und 8 Parteilose als „Arbeitswillige“ stehen bleiben. (Verbandskollegen unter den Letzteren sind nicht.) Die in-Mittelbewegung gezogenen Verbandskollegen gehören den „Bauvereinigungen Schwiebus und Schiprin a. d. W. an.“ Auf dem Baugelände von Meßdorf führen zwei Schwiebuser Unternehmer ein Gebäude auf. Diefen ist eine Lohnforderung seitens der die Bewegung führenden Organisation nicht zugestimmt worden, und diese Unternehmer haben ihre Leute (Schwiebuser Verbandskollegen) nicht ausgeperrt; sie arbeiten zu den alten Bedingungen weiter. Unsere Verbandskollegen haben die selbstverständliche Pflicht, auf das Strengste darauf zu achten, daß von den Bauten der Meßdorfer Unternehmer der Bezugserhaltenen wird, damit die Meßdorfer Kollegen diesen brutalen Angriff streng zurückweisen können. — Differenzen, die zum Streit führen können, liegen in Lübben i. d. Lausitz vor.

Die Entwidlung der Bauhätigkeit in diesem Frühjahr wird stark durch den überall zu Tage tretenden Mangel an Steinen beeinträchtigt. Insbesondere trifft das für Berlin zu. Auf vielen Bauten müssen die Kollegen infolge des Steinmangels feiern, auf anderen wird mit einer geringeren Anzahl Arbeitsträften als in normalen Zeiten gearbeitet und viele Bauten können infolge dieser Ursachen nicht begonnen werden. Dieser Umstand kann erst behoben werden, wenn die ersten Steinbrände der Ziegelwerke, welche ihr Steinmaterial dem Berliner Baumarkt zuführen, hier anlangen. Bis dahin ist jedem Kollegen in seinem Interesse zu raten, Berlin zu meiden, denn er würde nur das Geerd der Arbeitlosen vermehren.

Zur Lohnbewegung der Maurer im Gau Magdeburg wird uns geschrieben: Wie alljährlich im Frühjahr, so rufen auch in diesem Jahre die Maurer in allen Orten, um mittels der Organisation ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. In Orten, wo schon längere Zeit ein Vertragsverhältnis besteht, ist daselbst auf alter Basis, wie in Magdeburg und Staßfurt, verlängert. In Halberstadt und Queblinburg ist mit der Vertragsverlängerung auch gleichzeitig eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde eingetreten. Forderungen sind gestellt in Magdeleben, Bernburg, Calbe, Colbitz, Cöbse, Coswig, Dessau, Dersenburg, Fernersleben, Westerschäfers, Eisleben, Eilenstedt, Stendal und Witten.

In Calbe und Coswig sind die Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen schon zum Abschluß gekommen. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde sowie Verbesserung der Bestimmungen bei Landarbeit u. s. w. In Eilenstedt ist der Lohn im Orte um 1 1/2, nach außerhalb um 3/4 erhöht worden. In Cöbse, wo es sich in der Hauptsache um Vertiefung der Arbeitszeit um eine Stunde handelt, ist eine Vereinbarung nicht zu Stande gekommen. Die Kollegen halten jedoch die zehnständige Arbeitszeit ein, und haben sich, wie es scheint, die Unternehmer damit abgefunden. In St. Lubitz ist es im Wege der Verhandlung ebenfalls gelungen, den Stundenlohn von 35 % auf 38 1/2 % zu erhöhen. Zu einer Vertragsschließung ist es nicht gekommen.

Nicht unerheblich sind also die Vorteile, die auch in diesem Jahre auf gutlichem Wege errungen sind. Aber auch ernste Kämpfe werden uns jedenfalls nicht erspart bleiben. In Staßfurt, wo das Unternehmertum im Baugewerbe den Vertrag erneuerte, ist es der Direktor der Vereinigten chemischen Fabriken, der den im Tarif vorgezeichneten Lohnsatz nicht anerkennen will und einem Fragesteller sofort kündigt. In Dessau haben die Unternehmer die Lohnkommission zurückgewiesen mit der Begründung, daß sie nur mit dem Gesellenausschuß verhandeln werden. Sie sind aber einer Aufforderung des Begleiters, in Verhandlungen einzutreten, bis heute nicht nachgekommen. Auch in den anderen oben genannten Orten scheinen die Unternehmer wenig geneigt zu Verhandlungen, und werden deshalb die Maurer gut thun, mit allen Mitteln an dem Ausbau und der Befestigung ihrer Organisation zu arbeiten, um im gegebenen Moment dem Unternehmertum erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Aus Bromberg wird uns geschrieben: Obgleich der Streit der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter bereits fünf Wochen dauert, ist es den Unternehmern noch der größten Anstrengung nicht gelungen, einen nennenswerten Zugzug zu erhalten. Im Ganzen haben sie 15 Maurer und 4 Zimmerer herangezogen, dazu noch recht fragwürdige Elemente. Da die Streikenden aber immer noch nicht wankelmützig wurden, suchte man nach anderen Mitteln, um die Klänge, welche sich bei den Herren Unternehmer schon bei der Unterhandlung vor dem Bürgermeister zu Anfang des Streiks geholt hatten, abzumenden. Darum schritten sie nach dem Polizeistempel, die Polizei marschierte denn auch den Unternehmern zu Hilfe mit starker geogener Waffe auf, um das halbe Duzend „Arbeitswilliger“, welche eingetroffen waren, vor der Verführung der Streikenden zu retten. Beide haben sich unsere Kollegen nicht beherzigen können, sondern provozieren lassen, wodurch es zu einem Handgemeine zwischen „Arbeitswilligen“ und Streikenden gekommen ist. Häuten die Streikenden sich hingestellt und an dem befehlerten Schauspiel anstieß, es würde wahrlich mehr gewirkt haben. Die M. he, die die Unternehmer allen Arbeitern geschworen haben, welche sich erdreisten, einige Minuten Lohn mehr zu verlangen, wurde nicht erfüllt worden sein. Aber das Ziel, die Arbeiter wankelmützig zu machen, haben die Herren trotzdem nicht erreicht. Der Streit wird mit aller Schärfe weiter geführt. Diese Thatsache hat nun die Unternehmer ganz ratlos gemacht, denn die Schamfächer Mose und Weis sind nicht mehr lange im Stande, die Getreuen zusammenzubalten

weil die Bromberger Unternehmer nicht nur Leute auf den Baustellen gebrauchen, sondern sie müssen tüchtige Arbeiter haben. Deshalb wird auch der Trupp Italiener, welcher schon von Mose für theueres Geld herangezogen ist, nicht den erwünschten Erfolg bringen. Die Herren, welche diese „Arbeitswilligen“ erhalten, werden froh sein, wenn sie dieselben erst wieder los sind. Allen Anzeichen nach haben sie die „Arbeitswilligen“, denn es hätte kein Mensch daran gedacht, daß diese Jammergeschaffen Maurer sein könnten, wenn nicht einer von ihnen mit dem Maurerhammer voranmarschiert wäre. Die ganze Meute der bürgerlichen Profiteure ist vollständig in der Gewalt der Unternehmer, wodurch das Geseul verständlich wird, welches in der letzten Woche in der bürgerliche Presse über die Vorkommnisse in Bromberg angestimmt wurde. Aber auch diese Gesellschaft hat jetzt ihren letzten Trumpf ausgespielt. Am Mittwoch, den 7. d. M., wurde von dieser Meute das Gerücht in die Welt posant, daß die Vertreter der Streikenden den Streit für beendet erklärt hätten. Dieses ist nun aber eine grobe Lüge. Bis jetzt hat noch kein Streikender daran gedacht, den Streit für beendet zu erklären, weil keine Ursache dazu vorhanden ist. Die Streikenden haben alle die feste Ueberzeugung, daß der Streit in kurzer Zeit mit einem Siege der Arbeiter enden wird. — Nachträglich wird berichtet, daß von R. e. Laus eine italienische Streikbrecherkolonne in Stärke von 58 Mann eingetroffen ist. An Aufklärung hat es nicht gefehlt. Von 58 Mann Elementen schon in Kiel mitgeführt worden, daß in Bromberg die Maurer streifen. Auch waren Streikende aus Bromberg den Leuten entgegen gefahren, um sie zurückzuhalten. Es war aber Alles vergebens. Es befinden sich nun 105 italienische Streikbrecher in Bromberg. Einheimische Streikbrecher giebt es außer den Partieren nicht. Ob dieser erneute Zugzug Einfluß auf die Beendigung des Streits haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls ist die Nachricht von der Beendigung des Streits, die in den letzten Tagen durch die bürgerliche Presse ging, vollständig erlogen. Auch haben keine Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden.

In Thorn ist über die Bauten des Unternehmers Stähler wegen Mahrforderung zweier Kollegen die Sperre verhängt worden. In Wodschitz ist eine weltliche Änderung in der Streiklage eingetreten. Am Ende der letzten Woche beendeten sich noch 88 Kollegen im Streit, darunter 25 Verheiratete mit 47 Kindern. Als Streikbrecher arbeiteten zwei Partiere und vier Gesellen.

Die Kollegen in Greifenhagen (Pommern) haben den Unternehmern eine Forderung auf zehnständige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 35 % zugehen lassen. Am 1. April haben vier von den sechs in Frage kommenden Unternehmern die Forderung anerkannt; die anderen beiden, Dacermann und Neumann, lehnen jede Unterhandlung ab. Der Unternehmer Nidel, welcher im Anfang die Forderung bewilligte, gab sie an kommenden Sonntag jedoch kassieren aus. Es wurde deshalb über seine Bauten die Sperre verhängt. Nach einer Arbeitsruhe von einem halben Tage endete die Sperre mit einem vollen Siege der Gesellen. Auch die anderen beiden Unternehmer haben die Forderung anerkannt, und ist damit die Lohnbewegung in Greifenhagen für dieses Jahr beendet.

Aus Cöbse wird berichtet, daß sämtliche drei Maurermeister den geforderten Lohn, pro Stunde 37 1/2 % zahlen. Die zehnständige Arbeitszeit haben die Gesellen bisher ohne Genehmigung der Meister eingehalten. Sie werden sich auch gegen jede Verlängerung zur Wehre setzen.

In Dresden fand am Dienstag, den 7. April, eine große öffentliche von circa 1800 Personen besuchte Maurerverammlung im großen Saale des „Erionan“ statt. Die Lohnkommission berichtete über die mit dem Arbeitgeberverbande stattgefundenen Verhandlungen. Der vom Arbeitgeberverbande vorgelegene Vertrag, welcher einen Stundenlohn von 43 bis 45 1/2 % für dieses Jahr in Aussicht stellt, wurde für unannehmbar gehalten. Es sprachen sich die Kollegen für einen Stundenlohn von 45 1/2 % für dieses Jahr. Kollege Friedrich führte aus, daß es schon im Winter vorauszu sehen war, daß die Meister mit einem Vertrag an uns herantraten würden, um den von den Meistern heruntergebrachten Lohn vertragsmäßig festzusetzen, damit die Maurer beim Eintritt einer guten Bauconjunktur keine Forderungen stellen können. Im Weiteren wurde ausgeführt, daß ein Minimallohn gefordert werden müsse, damit auch endlich in Dresden jeder Maurer gleichen Lohn erhält. Alle Redner sprachen sich gegen die Affordarbeit aus. Nachdem sich noch etliche Kollegen im Sinne der Vorredner ausgesprochen hatten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Erionan“ tagende, außerordentlich gut besuchte, öffentliche Maurerverammlung kann sich mit dem von Seiten des Arbeitgeberverbandes ausgearbeiteten Vertrag zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht einverstanden erklären, da der im Vertrag angegebene Lohn von 43—45 1/2 % für die Maurer eine Vornahme bedeuten würde, weil jetzt schon auf den meisten im Gange befindlichen Bauten ein Stundenlohn von 45 1/2 % gezahlt wird. Im Weiteren kann die Versammlung sich nicht einverstanden erklären mit dem vom Arbeitgeberverbande vorgelegenen Lohngebot. Ebenso verwirft die Versammlung die im Vertrag festgelegte Klausel über die Affordarbeit. Die Versammlung beauftragt die Kommission, weiter mit dem Arbeitgeberverbande zu unterhandeln und diesem in die der heutigen Versammlung gefassten Beschlüsse zu übermitteln: 1. Verlangt die Versammlung, daß der Lohn von 45 1/2 % als Einheitslohn für dieses Jahr anerkannt und vom 1. April nächsten Jahres ein Stundenlohn von 50 % gezahlt wird. 2. Verlangt die Versammlung, daß als Lohngebot das ganze Stadtgebiet zu betrachten ist. 3. Verweist der Affordarbeit steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß sie, soweit Ausführung von Mauerwerk in Betracht kommt, zu unterbleiben hat. 4. Ferner wünscht die Versammlung, daß die Arbeitszeit im Winterhalbjahr nicht der freien Vereinbarung unterliegt, sondern eine geregelte werden muß. Unter „Gewerkschaftliches“ verstand Kollege Siebiger über die in letzter Zeit gefassten Hausverträge, welche sämtlich zu Gunsten der Gesellen beendet sind. Dem Verlangen, die Hausverträge während der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande einzuführen, wurde nicht stattgegeben. Sie dauern also fort, so lange kein Vertrag mit den Maurer Heber wieder in den Verband aufzunehmen, wurde angenommen. Zum Schluß wurde noch den in letzter Zeit verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plänen die letzte Ehre erwiesen.

In Straßburg im Elsaß fanden am Donnerstag, den 9. April, durch freiwillige Vermittelung des Bürgermeisters zwei Unterhandlungen mit den Unternehmern statt. — Zu einer

Einigung kam es jedoch noch nicht. Die Unterhandlungen sollen nach Oftern unter Leitung des Bürgermeisters fortgesetzt werden; es ist aber recht fraglich, ob eine Einigung zu Stande kommt, da die Unternehmer in den wichtigsten Punkten auf ihrem „Inannehmbaren“ beharren. Der Streit steht für uns günstig. Zu Streikbrechern sind von den Streikenden in Straßburg selbst nur zwölf geworden. Einiges ungünstiger steht es in den Vororten. Zum Streikgebiet gehören außer Straßburg die Vororte Neuborf, Neuhofen, Ruppertsgraben, Kronenbürg, Schiltigheim, Wischheim, Hühnheim, Königshofen und Grimmenberg. Trotz aller Mühe ist es den Unternehmern noch nicht gelungen, Streikbrecher von außerhalb zu erhalten. Zugereist sind 50 Italiener, 18 Kroaten und einige Estländer. Dieselben erhielten zum Teil Fahrgeld und sind dann weitergereist. Nach Oftern hoffen die Herren auf größeren Zugzug. Durch den Abgang der Leute ist die Anmung mittelmäßig, wir sollten den Abgang bedingungslos aufnehmen, nachher würde sie mit uns unterhandeln. Hätten wir dies nicht, so würde sofort ein Telegramm abgehen und nach etlichen Tagen wären 1500 Mann da; dann würden die Straßburger Maurer in diesem Jahre überhaupt keine Arbeit wieder erhalten. Wir stehen nahezu für diese Freundlichkeit bestens danken und der Anmung mittheilen: wenn sie 1500 Mann bringe, würden wir 2000 fortlassen.

Die Behörden gegen uns mobil zu machen ist den Unternehmern natürlich halb gelungen. Der Polizeipräsident ließ folgende Bekanntmachung anhängen:

Während des gegenwärtigen Streits der Maurer und Zimmerer sind Verträge gemacht worden, durch Drohungen und Gewalt die am Streit nicht beteiligten Arbeiter von der Arbeit abzulassen.

Es wird hierdurch darauf hingewiesen, daß es strafbar ist, wenn von gewerblichen Schäften, Geschäften oder Fabriken arbeiten, unter welchen die Arbeit einzustellen herabgesetzt worden ist, gegen andere Arbeiter eine widerrechtliche Maßnahme zur Ehelimnahme an dieser Verarbeitung ausgeübt wird. Bei Vorfällen begünsteter Art wird auf Grund des § 163 der Gewerbeordnung und des § 240 des Strafgesetzbuches eingekerkert werden.

Straßburg, den 6. April 1903.  
Der Kaiserliche Polizei-Präsident  
Dall.

„Mit dem Anschlag allein hat man sich aber nicht begnügt. Am Mittwoch erhielt ein italienischer Kollege mit seiner Familie den Ausweisungsbefehl. Ein Anderer erhielt ein Strafmandat. Auf die Mäßigung der Unternehmer achtet die Weisheit natürlich nicht. Es ist ja auch kein Terrorismus, wenn die Anmung ihre Mitglieder durch hohe Geldbußen zwingt, die Forderung der Gesellen nicht anzuerkennen. Es ist auch keine Nothigung, wenn Klienten angegangen werden, kein Material an solche Unternehmer zu liefern, welche die Forderungen bewilligt haben. Der Unternehmer Super hatte die Forderung bewilligt; einige Tage darauf hat er sämtliche Maurer entlassen müssen, weil er kein Material mehr bekommen. Viele Unternehmer haben erklärt, die Forderungen der Maurer sind berechtigt, man kann nichts Stillschlagendes dagegen anführen, doch wir dürfen nicht be willigen. Es wäre an der Zeit, daß auch hiergegen mal eine Bekanntmachung angeschlagen würde.“

**Versammlungen und sonstige Bewegung.**

**Gau Braunschweig.**

Alle für den Gauvorstand bestimmten Sendungen sind an Karl Obermeyer, Braunschweig, Wiesenstraße 5, zu adressieren.

Die Section der Püger des Zweigvereins Berlin hielt am 8. April eine Mitgliederversammlung ab. Nach der üblichen Erörung der verstorbenen Mitglieder, und nach Ausschluß der Mitglieder, welche gegen die Beschlüsse der Section gehandelt haben, erstattete der Kassirer den Kassensbericht vom 1. Quartal. Einnahme und Ausgabe der Zweigvereinskasse M. 2539.90; Einnahme der Sozialkass. inf. Bestand, M. 85.821.72; davon M. 2404.81, Bestand M. 82.916.91. Mitgliederzahl 1432; davon 88 Ehrenmitglieder. Dann erstattete der Vorsitzende einen Situationsbericht, wonach zwar noch ein Theil der Kollegen ohne Arbeit ist, was auf den gelinden Winter zurückzuführen sei, aber es ist doch Hoffnung vorhanden, daß nach Oftern sämtliche Kollegen untergebracht werden können. Nach längerer Diskussion wurde von der Versammlung, welche stark besucht war, der Beschluß erneuert, wonach alle Kollegen, welche noch den Träger bezahlen, die Arbeit niederzulegen und mit allem Nachdruck dafür zu sorgen haben, daß der Unternehmer den Träger bezahlt. Ueber solche Bauten, wo der Unternehmer die Zahlung ablehnt, wird die Hausperre verhängt. Dann nahm die Versammlung noch einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Mitgliederversammlung der Section der Püger des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die bezüglich der Püger gemachten Ausführungen des Stenographen Wiesner auf dem zweiten Bauarbeiterkongress, und bezeichnet dieselben als leere, durch nichts begründete Behauptungen, welche durchaus nicht dazu angethan sind, ein solches Zusammenarbeiten der verchiedenen Berufsgruppen im Baugewerbe zu ermöglichen und zu fördern. Wir fordern deshalb alle Berufscollegen auf, etwaige Beschwerden sofort an das Bureau, Josephstraße 57, zu melden.“ Zum Schluß der Versammlung wurde noch für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai gestimmt und beauftragt, daß die Mäierversammlung Donnerstags 10 Uhr bei Keller stattfindet.

Aus Freienthal a. d. O. wird berichtet, daß dort infolge geringer Bauhätigkeit Arbeitslosigkeit vorherrschend ist. Die wandernden Kollegen thun daher im eigenen Interesse gut daran, wenn sie freienthal weichen.

Am 6. April hielt der Zweigverein Genthin seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sich zunächst mit der diesjährigen Lohnfrage beschäftigte. Da im vergangenen Jahre eine gute Bauconjunktur zu beobachten war, hatten es auch die Kollegen verstanden, den Lohn von 35 auf 40 % pro Stunde zu erhöhen. Da sich aber in diesem Jahre die Arbeit schlecht anläßt, ließen es sich einige Unternehmer nicht zweimal sagen, den Lohn pro Stunde um 2—3 % zu fügen. Am nun die 40 % pro Stunde festzusetzen, beschloß die Versammlung einstimmig, daß, sobald sich eine bessere Arbeits-

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

Berlin. Auf dem Neubau des Industriepalastes in der Lindenstraße...

13. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

14. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

15. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

16. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

17. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

18. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

19. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

20. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

21. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

22. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

23. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

24. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

25. Febr. Am Montag, den 6. April, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr...

gelegentlich zeigt, über diejenigen Bauten der Unternehmer die Sperr...

Der Zweigverein Damen a. d. W. hielt am 2. April, seine ordentliche Mitgliederversammlung ab...

Am Samstag, den 4. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Sonntag, den 5. April, tagte die regelmäßig, alle Vierteljahre stattfindende Generalversammlung des Zweigvereins Herdberg...

Am Montag, den 6. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Dienstag, den 7. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Mittwoch, den 8. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Donnerstag, den 9. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Freitag, den 10. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Samstag, den 11. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Sonntag, den 12. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Schreiben der Unternehmer zu dem von den Gesellen eingelassenen Lohnstarke...

In Kupperleg 6. Köln fand am 5. April im Restaurant 'Zur Freiheit' eine gutbesuchte öffentliche Maurervereinigung statt...

In Neustettin tagte eine Mitgliederversammlung (Saal 7). Diefelbe nahm Kenntnis von dem Lohnstarke...

Am Sonntag, den 5. April, tagte die regelmäßig, alle Vierteljahre stattfindende Generalversammlung des Zweigvereins Herdberg...

Am Montag, den 6. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Dienstag, den 7. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Mittwoch, den 8. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Donnerstag, den 9. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Freitag, den 10. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Samstag, den 11. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

Am Sonntag, den 12. April, fand in Herbe eine öffentliche Maurervereinigung statt...

beschlossen, infolge dessen 15000 Maurer ausständig wurden. Der Generalstreik ist jedoch inzwischen wieder aufgehoben worden. In dem dort drohen 60 000 Bauhandwerker den Streik an für den Fall, daß die Unternehmer den Lohn reduzieren.

Generalversammlungen.

Im Anschluß an den Bauarbeiterstreik haben außer den Maurern auch die Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Maler ihre Generalversammlungen in Berlin abgehalten. Die Bauarbeiter und Maler tagten im Gewerkschaftshaus, während die Zimmerer ihre Geschäfte in dem großen Saale der „Minerhallen“ erledigten, wegen Platzmangels in dem Berliner Arbeiterheim.

Die fünfzehnte Generalversammlung der Zimmerer war durch 88 Delegierte besetzt. Hierzu kommen die Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, der Generalkommission und mehrere ausländische Gäste.

Aus dem Massenbericht hebt vor hervor, daß auch abgesehen von der 1899 beschlossenen Beitragserhöhung, prozentual im Verhältnis zu der Mitgliederzahl die Beiträge höher geworden sind; vor 10 Jahren steuerlich in den beiden untersten Beitragsklassen 64 pSt. der Mitglieder, in den beiden anderen 86 pSt. jetzt sind die betreffenden Zahlen 89 pSt. und 61 pSt. Trotzdem ist die absolute Höhe der Einnahmen 1902 etwas geringer gewesen als 1900, weil die Mitgliederzahl gesunken ist von 25 272 im Jahre 1900 auf 23 977 im Jahre 1902, die Ausgaben dagegen haben sich ungemein erhöht.

Eine längere Diskussion fand über die Unterstützungs-einrichtungen statt. C. de S. führte als Referent aus, daß mittelst der Arbeitslosenunterstützung die Macht der Organisation gegenüber den Unternehmern in hohem Maße gehoben werde. Das Interesse unter den Mitgliedern an dieser Unterstützung sei in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. In den kleineren Städten mit niedrigen Löhnen sei im Winter die Arbeitslosigkeit größer als in den Großstädten; die Kollegen in den Großstädten hätten aber ein großes Interesse daran, die Kleinstädter nicht zu Lohnbrüdern werden zu lassen. Schließlich wies Nebner darauf hin, daß die Beiträge natürlich erhöht werden müßten, wenn die Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden solle. — In der Diskussion gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Die Arbeitslosenunterstützung wurde als unmöglich erklärt, mindestens solle man vom Obligatorium absehen und es den einzelnen Zählstellen überlassen. Andere Nebner halten es nicht für richtig, mit der Arbeitslosenunterstützung zu beginnen; es müßte zunächst mit der Krankenunterstützung der Anfang gemacht werden. Auch der Vorsitzende des Verbandes, Schröder, erklärte sich gegen die Arbeitslosenunterstützung. Bei der Urabstimmung vor zwei Jahren hätten von 23 000 Mitgliedern überaupt nur 11 867, und von diesen nur 8577 dafür gestimmt. Das geringe Interesse sei auch erklärlich, für eine Auszahlung der Unterstützung erst nach zwei Hungerwochen könnten sich eben die Zimmerleute nicht begeistern, und bei früherer Auszahlung müßten die Beiträge bedeutend erhöht werden. Dagegen sprach Schröder für Krankenunterstützung und Sterbegeld, zu deren Durchführung eine Beitragserhöhung von etwa 10 pSt. ausreichen würde. Nebner empfahl, die Angelegenheit bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen und in der Zwischenzeit energisch dafür zu agitieren.

Mehrere Nebner, die für eine Krankenunterstützung oder Bewährung von Sterbegeld eintreten, betonten, daß diese da, wo sie total eingeführt sei, auf die Stabilität der Mitglieder günstig eingewirkt habe. — Beschlossen wurde zunächst, über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ohne Urabstimmung auf der Generalversammlung in namentlicher Abstimmung zu entscheiden. Die Einführung wurde mit 68 gegen 34 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Dann wurde ein Antrag Nömer's angenommen, wonach der Zentralvorstand beauftragt wird, bis zur nächsten Generalversammlung weiteres Material zur Arbeitslosenunterstützung zu beschaffen und die Idee derselben unausgesetzt zu propagieren. Ein weiterer Antrag Nömer's, die Krankenunterstützung vor der Arbeitslosenunterstützung nicht einzuführen, wurde gegen 28 Stimmen angenommen. Auch die Einführung eines Sterbegeldes wurde mit 45 gegen 88 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Zentralvorstand mit 40 gegen 35 Stimmen beauftragt, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, eine Verschmelzung der Zentralrentenliste mit dem Verbande herbeizuführen. Ist dieses nicht möglich, so soll der Vorstand zur nächsten Generalversammlung eine Vorlage ausarbeiten, nach welcher eine Krankenzuschußkasse im Verband eingeführt werden kann.

Zur Vorberatung der Anträge, betreffend die Beitragsfestsetzung, war eine Kommission eingesetzt worden, die trotz der in der Generaldebatte hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten in ihren Vor schlägen zu völliger Einstimmigkeit gekommen war. Statt der bisherigen verschiedenen Beitragsleistungen, soll sie jetzt gleichmäßig auf 40 Wochen (vom 1. März bis 30. November) festgesetzt werden. Der wöchentliche Beitrag soll nach dem Vorschlage der Kommission betragen:

Table with 2 columns: Lohnhöhe, Beitrag. Rows: bis zu 30 s = 20 s, 40 = 25, 50 = 30, über 50 = 35.

Der Beitrag für den Lokalfonds soll mindestens den Beitragsklassen entsprechend, 10, 15, 20 und 25 s betragen. — Die vorgelegten Verbandsbeiträge wurden in namentlicher Abstimmung mit 55 gegen 32 Stimmen angenommen; dagegen wurden die von der Kommission normierten Beiträge für den Lokalfonds mit 45 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde jedoch dann, daß Verbandsbeitrag und Lokalfondsbeitrag zusammen

mindestens einen Stundenlohn betragen sollen. — Auf Antrag der Kommission wurde der Verbandsvorstand beauftragt, Vertrauensmänner auf Kosten der Zentralkasse fest anzustellen. Ferner wurde beschlossen, die Streikunterstützung in jeder Lohnklasse um 20 s pro Tag zu erhöhen und für Kinder einen Zuschlag von 15 s pro Kind und Woche zu gestatten. Auf Antrag des Vorstandes wurde bei der Kreisunterstützung das Stimmrechtssystem aufgehoben; in jeder Zählstelle können 7 s, in einer Unterstützungsperiode jedoch nicht über 2 l erhoben werden. Weiter gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach Mitglieder, die wegen ihrer agitatorischen Tätigkeit für die Organisation nachweislich gemahnt worden sind, auf die Dauer von sechs Wochen vom ersten Tage ab mit zwei Dritteln ihres bisherigen Tagelohnes unterstützt werden sollen.

Um der übermäßigen Zersplitterung des Verbandes in kleine Zählstellen zu steuern, hatte der Verbandsvorstand beantragt, die Orte, die ein einheitliches Lohngebiet bilden, zu einer Zählstelle zu vereinigen. Auch in kleineren Orten, die in unmittelbarer Nähe einer größeren Stadt liegen und wo vorwiegend nur solche Zimmerleute wohnen, die in dem größeren Orte arbeiten, sollen keine selbständigen Zählstellen gebildet werden. Die Verbandsmitglieder in solchen Orten sollen sich vielmehr der Zählstelle des größeren Ortes anschließen. Zählstellen, die sich über mehrere Orte erstrecken, können jedoch nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in Bezirke gegliedert werden. Für solche Zählstellen wird in jedem Einzelfalle ein besonderes Regulatorium beschlossen, bei welchem das Verbandsstatut maßgebend bleibt. — Der Antrag wurde angenommen. Zur Aufrechterhaltung der Zählstellen in den kleineren selbständigen Orten wurde beschlossen: Jedes Verbandsmitglied hat für den für seine Wohnort maßgebenden Zählstelle beizutreten. Zählstellenmitglieder, die nicht an dem Orte ihrer Zählstelle, sondern an einem anderen Orte arbeiten, haben in ihrer Zählstelle denjenigen Beitrag zu leisten, der für den Ort ihrer Arbeitsstelle maßgebend ist. Bei Streiks z. unterliegenden solche Mitglieder der Kontrolle ihrer Zählstelle und sie beziehen durch diese ihre eventuelle Unterstützung.

Die Vertretung auf den Generalversammlungen wurde dahin erweitert, daß Zählstellen mit mehr als 1600 Mitgliedern fünf, mit mehr als 2200 Mitgliedern sechs, mit mehr als 3000 Mitgliedern sieben Delegierte wählen; bisher konnte eine Zählstelle höchstens vier Delegierte entsenden.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Berlin. Die bisherigen Mitglieder des Zentralvorstandes wurden en bloc wiedergewählt. Die Geschäfte der angestellten Vorstandsmitglieder werden nach den Anregungen des Stuttgarter Gewerkschaftsverbandes geregelt. (Anfangsgehalt 2000, jährliche Steigerung um 100 bis 1500, dann jährliche Steigerung um 50 bis 3000.)

Auf dem siebenten Verbandsstag der Bauhilfsarbeiter waren 60 Delegierte, drei Vorstandsmitglieder, der Redakteur des Fachorgans und ein Vertreter des Ausschusses anwesend. Aus dem Bericht des Vorstandes erging ein Vorwurf gegen den Fabrikarbeiterverband heraus; diese Organisation nimmt auch Bauarbeiter auf, erhebt aber niedrigere Beiträge als der Bauarbeiterverband und betreibt damit gewissermaßen unlautere Konkurrenz. Seitens der Generalkommission ist eine Verständigung zwischen beiden Organisationen angeregt worden, die wahrscheinlich demnächst stattfinden wird.

Mit großer Einmütigkeit wurde beschlossen, für die Agitation mehr Mittel aufzuwenden. Es sollen keine Gane eingeordnet und in jedem ein bester Agitator eingesetzt werden. — Sehr eingehend wurde über die Einführung einer Krankenunterstützung diskutiert, sie wurde jedoch prinzipiell angenommen folgender Resolution zunächst nur im Prinzip beschlossen:

„Die sechste Generalversammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter erklärt, daß sie im Prinzip für eine Einrichtung der Krankenunterstützung ist, daß aber auch das diesmäßige Material keineswegs genügt, um die dazu nötigen Unterlagen daraus zu gewinnen. Aus diesem Grunde lehnt auch die diesjährige Generalversammlung die Einführung einer zentralisierten Krankenunterstützung ab. Sie erwartet aber, daß mehr denn je die einzelnen Zählstellen für eine gewissenhafte Statistik Sorge tragen und besonders die Krankenkassen einer genauen Kontrolle dadurch unterwerfen, daß die von den Krankenkassen ausgegebenen Krankenscheine als Grundlage hierzu dienen müssen, damit der Vorstand in der Lage ist, dem nächsten Verbandsstag auf Grund einer solchen Statistik einen Entwurf über Krankenunterstützung vorzulegen.“

Sterbeunterstützung wird vom Verband schon gezahlt, der diesmäßige Verbandsstag hat aber einige nicht unbedeutende Verbesserungen der Unterstützungsbemittelung beschlossen; u. A. soll das Mitglied auch im Todesfalle seiner Ehefrau unterstützt werden. — Die Kreisunterstützung ist ähnlich wie in unserem Verband geregelt. — Die Streikunterstützung wird vom vierten Tage des Streiks oder der Aussperrung ab bezahlt und beträgt bei Mitgliedern, die 44 Wochenbeiträge geleistet haben, je nach der Beitragsklasse 8 s bis 15 s, bei kürzerer Dauer der Mitgliedschaft 6 s bis 12 s pro Woche. Für jedes Kind ist ein Zuschlag von 1 l vorgesehen. Maßregelungsunterstützung ist nicht an eine Streikzeit gebunden. Ferner ist im Statut eine Unzulässigkeitsunterstützung vorgesehen für solche Mitglieder, die unter bestimmten Voraussetzungen gestungen sind, ihren Wohnort zu wechseln und einen eigenen Haushalt haben. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Entfernung und beträgt 15 bis 35 s.

Ueber die Lohnbewegung wurde berichtet, daß solche bereits aus 39 Orten beim Hauptvorstand angemeldet seien. Bei allen Streiks und Lohnbewegungen müsse man versuchen, mit den Unternehmern zu Verhandlungen zu kommen. Gegen Tarifverträge könnten prinzipiell Bedenken nicht geltend gemacht werden. Doch wurde auf die gefährliche Tendenz der Unternehmern, die mit den Maurern und Zimmerern abgeschlossenen Verträge zu einem Druck auf die Bauhilfsarbeiter auszunutzen, aufmerksam gemacht. Bezüglich der Beiträge wurde beschlossen, statt der bisherigen drei Beitragsklassen acht Klassen einzuführen, wozu herden großen Verdiensten der Löhne mehr Rechnung getragen wird. Der Einheitsbeitrag wurde auf 20 s pro

Woche festgesetzt, der ohne Zuschlag dort gilt, wo der Stundenlohn nicht über 24 s beträgt. Bei höheren Stundenlöhnen kommen Zuschläge für den Unterstützungsbeitrag hinzu, die je nach der Lohnhöhe 5—35 s betragen. Der letzte Zuschlag tritt bei Stundenlöhnen von über 54 s ein, so daß hier der Gesamtbeitrag 55 s beträgt. Im Allgemeinen ist der Beitrag so geregelt, daß er ungefähr der Höhe des am Orte gezahlten Stundenlohnes gleichkommt. In den einzelnen Städten, wo verschiedene Lohnsätze maßgebend sind, sollen höchstens zwei Lohnklassen eingeführt werden. Diese Beitragsregelung, die für die höheren Lohnklassen eine wesentliche Erhöhung der Beiträge bedeutet, wurde in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Bei Arbeitslosigkeit beträgt der Beitrag in der niedrigsten Klasse 15 s, in den übrigen 20 s. Das Eintrittsgeld ist auf 50 s bemessen.

Bisher hätte der Verband in den größeren Orten mehrere Zählstellen, das soll jetzt anders werden. Der Verbandsstag hat beschlossen, daß in dem Gebiete eines Orts, resp. eines Lohn-, Arbeits- oder gemeinsamen Interzessionsgebietes, oder für mehrere Orte, die zusammenhängen, nur eine Zählstelle bestehen soll. — Das Fachorgan, das bisher den Titel „Der Arbeiter“ führte, soll in Zukunft „Der Bauhilfsarbeiter“ betitelt werden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Die bisherigen gebildeten Vorstandsmitglieder und der Redakteur des Fachorgans wurden einstimmig wiedergewählt. Das Gehalt wurde auf 2000 festgesetzt und soll jährlich um 50 steigen bis zur Maximalhöhe von 2200.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Färber und Weißbänder hielt ihre neunte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende hob in seiner Begrüßungsrede hervor, daß von Berlin aus im Jahre 1877 die ersten Anregungen zur Errichtung eines Zentralverbandes ausgegangen seien. Seit dem 1. April 1877 datire auch das Fachorgan. Damals sei man mit 1000 Abonnenten zufrieden gewesen, heute habe das Blatt 22 000 Leser aufzuweisen. — Vorher zwei Vertretern des Hauptverbandes und einem Vertreter des Fachorgans, der Kommissionsmitglied und des Ausschusses wurde ein Bescheid anwesend. — Der Punkt „Agitation“ wurde mit den Anträgen auf Einführung eines Einheitsbeitrages zusammen behandelt. Es lagen Anträge vor, wonach die Beitragszeit auf 40 Wochen beschränkt und der Wochenbeitrag auf 40 s festgesetzt werden sollte. Statuten mit 400 Mitgliedern sollten das Recht haben, einen besoldeten Beamten anzustellen. Zur Vorberatung dieser Anträge sowie des ganzen Statuts wurde eine Kommission gewählt. Vorweg wurde dann über die Arbeitslosenunterstützung verhandelt. Eine in der Zeit vom Juli 1901 bis Juli 1902 aufgenommene Statistik, an der sich 8592 Mitglieder beteiligt haben, hat ergeben, daß 6215 Mitglieder arbeitslos und 1450 Mitglieder krank waren. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug pro Mitglied 37,08 Tage, der Krankheit 0,84 Tage. Der Vorsitzende führte hierzu aus, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung unter allen Umständen mit einer höheren Lohn- und Arbeitsstunden zu rechnen sein würde, also auch mit höheren Ausgaben. Wenn jetzt arbeiten in der stillen Zeit sehr viele Mitglieder außerhalb des Berufes bei schlecht bezahlter Gelegenheitsarbeit. Trotzdem hielt Nebner die Unternehmung für durchführbar, wenn auch dabei sehr vorsichtig vorgegangen werden müsse. Er schlug vor, auf Grund der statistischen Feststellungen eine Aufstellung machen zu lassen und dann, eventuell unter Erhöhung der Beiträge auf 50 s pro Woche, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ausgegeben müsse der Voranschlag, die Krankenunterstützung aufzuheben und die so erzielten Ersparnisse für die Arbeitslosenunterstützung zu verwenden. Jedemfalls solle man bei Beratung dieser Frage die Hauptaufgabe der Organisation außer Acht lassen: eine Kampforaganisation zu bleiben. — Die Diskussionsergebnisse sprachen sich durchweg im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Es gelangte mit allen gegen vier Stimmen ein Antrag zur Annahme, in welchem die Generalversammlung ihre Sympathie ausspricht für den Voranschlag des Vorstandes und diesen beauftragt, ein diesbezügliches Projekt auszuarbeiten und im Laufe des Sommers den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten. Fällt dieselbe in bescheidenem Sinne aus, so tritt die Einrichtung mit dem vorgelegten Beitrag am 1. Januar 1904 in Kraft.

Die Statutenberathungskommission empfahl dann die Annahme des Vorstandsantrages, betreffend Umstellung von Beamten für die Leitung der Geschäfte und Ausführung der Agitation. Gleichzeitig mit Annahme der Vorlage wurde der Hauptvorstand verpflichtet, auf die Verhältnisse der in einem Lohngebiete belegenden Statuten hinzuwirken. — Mit 39 gegen 9 Stimmen wurde demgemäß beschlossen. In Rücksicht auf die in Aussicht stehende Arbeitslosenunterstützung empfahl die Kommission die Ablehnung des Vorstandsantrages, soweit derselbe die Aussetzung der Beitragszahlung im Winter vorsehe, und beantragte, den Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober auf 40 s, vom 1. November bis Ende Februar auf 15 s festzusetzen. Den Statuten steht es frei, lokale Zuschläge in beliebiger Höhe zu erheben. Dieser Antrag wurde mit 30 gegen 20 Stimmen angenommen. Das Eintrittsgeld wurde von 80 s auf 1 l erhöht. Die Bewährung von Sterbeunterstützung wurde auf lebige und auf Kinder verheirateter Mitglieder ausgedehnt. Auch bei Streiks soll pro Kind und Woche 1 l gezahlt werden.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg; die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wie auch der Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. Das Anfangsgehalt wurde auf 2000 festgesetzt und soll bis 2500 steigen. Den jetzigen Beamten wurden sofort 200 Zulage gewährt.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) Heft 28 des 21. Jahrgangs.

„Dokumente des Sozialismus“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) Heft 4 des 3. Bandes.

Geschäftsbericht des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten (1900—1902).

